



Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Joint Conference Church and Development

Bundespressekonferenz 12.12.2011, 10.30 Uhr

Rüstungsexportbericht 2011

Statement von Prälat Dr. Bernhard Felmberg

Evangelischer Vorsitzender der GKKE

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum 15. Mal seit 1997 stellt die GKKE ihren jährlichen Rüstungsexportbericht vor, den unsere Fachgruppe Rüstungsexporte unter Leitung von Dr. Bernhard Moltmann erstellt. Er stellt öffentlich verfügbare Informationen über die deutschen Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern des Vorjahres (2010) bzw. deren Genehmigungen zusammen und bewertet sie im Zusammenhang der Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

An die öffentlich verfügbaren Informationen zu kommen, erweist sich als ein nach wie vor schwieriges Geschäft, dies obwohl die Bundesregierung seit 2000 einen jährlichen Bericht vorlegt. Im vergangenen Jahr hatten wir bis Mitte Dezember vergeblich auf regierungsamtliche Zahlen aus dem Vorjahr gewartet. Bis zum vergangenen Mittwoch (07.12.2011) hatten weder Parlamentarier noch die Öffentlichkeit regierungsamtliche Informationen über die Liefergenehmigungen und die tatsächlich in 2010 exportierten Kriegswaffen zusammenhängend vorliegen. Dies ist eine Missachtung des Souveräns in einem demokratischen Staat, in dem das Parlament die Regierung kontrollieren soll und diese rechenschaftspflichtig ist, auch im Feld der Rüstungsexportpolitik. Zudem stärkt diese Informationspolitik nicht gerade das Vertrauen in die im Koalitionsvertrag vereinbarte „verantwortliche“ Genehmigungspraxis. Insgesamt mehr als 40 Fragen, Kleine Anfragen und Anträge haben Bundestagsabgeordnete im abgelaufenen Jahr zur Rüstungsexportpolitik gestellt - wir haben die entsprechenden Bundestagsdrucksachen im Anhang 2 unseres Berichts aufgelistet. Wir unterstützen die Initiativen aus dem Parlament, hier rechtzeitig und transparent informiert und beteiligt zu werden. Nur so kann parlamentarische Kontrolle gewährleistet werden.

Nun zu den Zahlen, die uns seit Mittwoch mit dem Regierungsbericht 2010 vorliegen: der Wert der exportierten Kriegswaffen liegt mit 2,119 Mrd. Euro erheblich über dem Stand von 2009 mit 1,339 Mrd. Euro, ein Anstieg von mehr als 50 Prozent. Der Wert der Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter ist mit 4,754 Mrd. leicht zurückgegangen im Vergleich zu einem Wert von 5,043 Mrd. Euro in 2009.

Der Rekordumsatz mit Kriegswaffen verdankt sich insbesondere dem Export von zwei U-Booten an Portugal und einem U-Boot an das hoch verschuldete Griechenland. Auch im Jahr 2010, als das Ausmaß der griechischen Staatsverschuldung bereits bekannt war, hat der Exportweltmeister Deutschland geliefert und an der weiteren Verschuldung Griechenlands verdient. Zudem wurden in 2010 Ausfuhrgenehmigungen für deutsche Rüstungsexporte an Griechenland im Wert von 35,79 Mio. Euro erteilt. Darin sind auch Lieferungen in Höhe von 10 Mio. Euro aus Beständen der Bundeswehr enthalten. Bereits im Vorjahr hatte die GKKE im Blick auf Griechenland gefordert, das Kriterium der Entwicklungsverträglichkeit (Verhältnis zur wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung des Empfängerlandes) des Gemeinsamen Standpunktes der EU zu Rüstungsexporten ebenfalls auf Mitgliedstaaten von NATO und EU anzuwenden.

Der Wert der Einzelgenehmigungen von Rüstungsgütern an Entwicklungsländer ging 2010 leicht zurück, dafür stieg der Wert der exportierten Kriegswaffen auf 108 Mio. Euro (ca. 52 Mio. Euro in 2009), davon entfielen 65 Mio. Euro auf Pakistan.

Nach Recherchen des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC) hat der Wert von genehmigten Rüstungslieferungen in Länder, die mindestens vier der Kriterien des EU-Verhaltenskodexes nicht erfüllen und damit nach Auffassung der GKKE eine eindeutige Missachtung der EU-Richtlinien darstellen, deutlich zugenommen, nämlich von 269,2 Mio. Euro (2009) auf 510,3 Mio. Euro (2010). Zu den problematischsten Empfängerländern gehören die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi Arabien, Irak und Ägypten. 2010 erhielten 48 Länder, deren Menschenrechtssituation vom BICC als sehr bedenklich eingestuft wird, Liefergenehmigungen, in 49 Empfängerländern gab es interne Gewaltkonflikte. Geographisch bildeten – wie auch bereits im Vorjahr – Staaten in der Region des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrika eine der größten Gruppen der ‚problematischen‘ Empfängerstaaten. Von den erteilten Genehmigungen für Rüstungslieferungen nach Süd- und Süd-Ost Asien kritisieren wir insbesondere die nach Indien (96,9 Mio. Euro) und Pakistan (96,7 Mio. Euro). In 2008 und 2009 hatten wir an dieser Stelle mit Nachdruck vor dem U-Boot Geschäft mit Pakistan gewarnt. Die aktuelle sicherheitspolitische Lage in der Region dort bestätigt leider alle vorgetragenen Bedenken.